

nur 80 000, 90 000, 30 000, 40 000, 80 000 seien gekommen. Und zwischen sich lächerlichen Redenempeln verfährt der radikale „Montag“ erleichternd anfangend, daß am frühen Montagmorgen bereits 90 000 Stahlhelmer wieder abgehoben seien. Aber dann müssen sie doch angekommen sein, sagt sich der noch einigermaßen urteilsfähige Leser, und erfährt darauf von anderer Seite, daß die Reichsbahn allein die von ihr beförderten Stahlhelmer auf rund 120 000 beziffert. Es hat ja gar keinen Zweck, sich unter dem Eindruck eines solchen Mißverständnisses um etliche tausend oder zehntausend Teilnehmer zu streiten. Aber praktisch und besonders politisch konnte die Vinfapresse gar keine größere Dummheit begehen, als sich über greifbare Tatsachen zu täuschen und andere zu betrügen. Den Nachteil hat sie selbst, denn die Erbitterung des Publikums über eine so läppische Kampfwelle wurde, wie man hört, auf der Straße laut. Wenn auch Berlin selbst nicht an einem Tage erobert wird, der „rote“ Berlin stärkste Versuch, die radikale Presse, hat der Stahlhelm an diesem Tage wortlos zusammengebrochen. Die Wut darüber kommt recht schnell zum Ausdruck, wenn jetzt die Manneszucht der Stahlhelmlente als „Vaterlandssinnung“ ausgeleitet wird, wenn in wichtig sein folgenden Wortspielen dem Bundesführer Selbst sein Beruf als Zeltlagerfabrikant vorgehalten wird oder wenn gar der „Vorwärts“ zur Vereinerung seiner Schimpfwörter Anlaß an zoologischen Gebiete macht. Mit solch unwürdigen Mitteln trifft man den nationalen Gedanken nicht und noch weniger mit Lügen über eine angebliche Entscheidung im Stahlhelm selbst. Die Döckstimmung, die das Berliner Erlebnis im Bund zurückgelassen hat, läßt sich denn doch nicht umfassen. Wenn die Linke der starken politischen Wirkung bedauern will, die sie offenbar als Folge des Stahlhelmtages beabsichtigt, dann kann sie das nur auf dem Wege über die Selbstkenntnis, den als einzigen demokratischen Organ die „Vossische Zeitung“ gewiewen hat. „Der Gegner“, heißt es dort, „lehrt immer, daß irgend etwas an eigenen Taten nicht in Ordnung ist.“ Deshalb sollte man „auch die politischen Einrichtungen überprüfen, ob sie wirklich rechtmäßig sind, all die vielgestaltige Lebendigkeit für sich einzuhalten, die im Deutschen Reich vorhanden ist.“ Das recht und links immer noch Tausende junger Männer absetzt stehen und sich an Staatsangehörigkeit verkaufen, ist mit auch die Schuld der Republikaner. Und deshalb dürfen alle, die es mit der Republik ehrlich meinen, sich nicht damit begnügen, die Rechtsorganisationen mit Worten zu bekämpfen, sondern es ist ihre Aufgabe, sie allmählich durch eigene Taten für die Republik zu überwinden. So kann auch der Aufbruch der Gegner der republikanischen Parteien in Berlin in ihren Händen liegen. Auf dem hier angelegten Boden des politischen Kampfes können sich alle anständig denkenden Deutschen, ob Republikaner oder Monarchisten, Sozialisten oder Nationalisten, begegnen und die Hand reichen.

Noch schmähtlicher und schändlicher aber als die bisher gekennzeichneten inneren Kampfmittel ist der auch bei dieser Gelegenheit wieder zur Anwendung kommende Versuch der Verdächtigung und Denunziation der Reichsverbände im feindlich gesinnlichen Ausland. Auch hier wiederholt sich immer das gleiche unwürdige Spiel. Ob der Generalfeldmarschall v. Dudenburg zum Reichspräsidenten gewählt wird, ob die Deutschnationalen in die Regierung eintreten oder ob das

deutsche Volk in anderer Weise ein eigenes Hausrecht ausübt, immer haben sich große deutsche Blätter, die durch ungeschickte Kampfwelle dem Ausland das Stichwort geben, mit dem es sich in die innendeutschen Verhältnisse einmischen soll. Die fremde, insbesondere die französische Presse, gibt den geworbenen Ball prompt zurück, und die deutsche Linke beiläufig, das neue „Auslandswort“ wieder in der inneren Auseinandersetzung zu verwerten. Wegen dieser Schwächung der deutschen Interessen, die jetzt wieder mit Erfolg betrieben wird, muß härtester Einspruch erhoben werden. Der deutsche Außenminister hat eben mit deutscher Adresse an das Ausland erklärt, daß der Stahlhelmtag nicht als eine Kundgebung des Revanchegedankes mißdeutet werden dürfe, sondern als Stimmungsäußerung der Not und Anstrengung des deutschen Volkes gewürdigt werden müsse. Trotzdem fallen ihm und seinen Ministerkollegen Vinfblätter, wie der „Vorwärts“ und die „Frankfurter Zeitung“, in den Rücken mit dem Vorwurf, daß er ein doppeltes Spiel treibe und daß er pflichtwidrig verläumdet habe, „eine solche unwillkürliche Störung seiner außenpolitischen Aktion“ mit allen Kräften zu verhindern. Der französischen Presse wird mit unabweidlichen Wendungen direkt das Argument in den Mund gelegt, daß der Stahlhelmtag ein Zeichen des schlechten deutschen Willens sei, das genüge, um die Forderungen der deutschen Außenpolitik zurückzuweisen. Ein solches Verfahren ist unwürdig und unsinnig. Unwürdig, weil es unsere freie politische Betätigung im eigenen Lande der Kontrolle des Auslandes unterstellt; unsinnig, weil es auf eine Dämonisierung des deutschen Volkes hinausläuft. Es soll durch solche Verdächtigungen und durch das Echo, das als ihre Folge aus Paris zurückläuft, der Eindruck erweckt werden, als ob die Kundgebung vaterländischen Geistes in Deutschland und weiter die Leitung der Verhandlung mit den ehemaligen Gegnern hinderlich sei. Das ist eine gewalttätige Lüge! Denn wir haben es erlebt, daß wir, solange Frankreich allein Macht über uns hat, immer gleich schlecht behandelt werden, ohne Rücksicht darauf, ob eine französische oder deutsche Regierung in Deutschland am Ruder ist. Wenn wir von links regiert werden, dann verweigert man uns unser Recht und die versprochenen Erleichterungen mit dem Hinweis, daß die Rechtsopposition die eigentliche Kraftquelle sei und man deswegen einer Vinfregierung nicht trauen könne. Kein nationalpolitisches Blatt, sondern das rheinische Organ des Zentrums, die „Rheinische Volkszeitung“, hat vor einigen Tagen die den Nagel auf den Kopf treffende Feststellung gemacht: „Nicht zu vermeiden ist, daß sich im deutschen Volke eines Tages der Gedanke festschlägt: die deutsche Regierung zur Friedenspolitik beizugehen, desto geringer wird auf der französischen Seite die Neigung, einem so jähm gewordenen Gegner weitere Konzessionen zu machen.“ — Darum höre man endlich auf, jenem Frankreich, das die neugeborenen Kinder militarisiert, den Stahlhelm und nach und nach jeden Turnverein, wenn er nicht republikanisch angeht, als einen angeblischen Beweis des deutschen Nachgedankes zu denunzieren. Wir können nicht verlangen, von den Nachbarvölkern als gleichberechtigt behandelt zu werden, wenn wir uns durch solch unwürdige innere Kampfmittel selbst zu einem Volk zweiter Klasse degradieren.

über die Grenzangelegenheiten zwischen der ersten und zweiten Zone des belgischen Gebietes. Das Abkommen ist am 8. April in Koblenz unterzeichnet worden und am 1. Mai in Kraft getreten. Unrichtig ist die Mitteilung, die die Einbeziehung aller belgischen Gemeinden in das belgische Gebiet, deren Gemarkung durch die Grenzlinie durchschnitten wird, kein Anzeichen des Belagens, der außerhalb der zweiten Zone liegt, ist den Belagungsgruppen überlassen worden.

An der Ausprache beteiligten sich die Wggn. Wollrat (D.R.) und Hofmann-Endwisch (S.), der darüber einige führte, daß auf dem Schloßplatz Ludwigsplatz in der Südpolstadt französische Truppen ununterbrochen Schießübungen veranstalten. In der Zeit vom 1. März bis 14. April ist in jeweils zehntägiger Dauer mit nur einmündiger Unterbrechung (Schießpausen) gearbeitet worden. Eine Frühjahrsübung konnte deshalb nicht erfolgen. Die Arbeiter mußten einmal in dieser Zeit ihre Arbeitsstellen verlassen, das Banerquart Wollrat liegt unmittelbar im Schloßfeld. Die Bewohner sind in händiger Lebenssorge, eine Feldübung ist hier unmöglich. Wggn. Dorff (D.R.) klagte über ähnliche Schwierigkeiten in der belgischen Gemeinde Oriesheim. Staatssekretär Schmidt sagte zu, daß diese Anzeichen gegen die Gegenseite vorgetragen werden sollen.

Ein Prozeß des Koblenzer Kreislages.
Koblenz, 11. Mai. Der Kreislag Koblenz wendet sich in einer Entschliessung gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung, die mit Vercano und mit der Mittelschicht Deutschlands im Völkerbunde nicht vereinbar ist. Französische Neuhebungen, die wissen wollen, daß die rheinische Bevölkerung sich an die fremden Truppen gewöhnen habe, bedeuten eine Verleumdung der Soldate. Der Kreislag richtet daher an die Reichs- und die Staatsregierung die dringende Bitte, nichts unversucht zu lassen, um die Rheinländer zu freien Kriegern zu machen, selbst aber ab die Zurücknahme der fremden Truppen durch andere, die Rheinlande und das gesamte Vaterland belastende Angelegenheiten zu erlangen.

Ein Belagungsoffizier zu Gefängnis verurteilt.
Koblenz, 11. Mai. Am 29. Januar ist ein französischer Offizier mit einer Abteilung über besetzte Felder eines Rittergutes bei Trier. Als der Verwalter des Gutes den Offizier bat, dies zu unterlassen, wurde er von dem Offizier mit der Aufforderung ins Gesicht geschlagen. Im Disziplinarwege wurde der Offizier nun mit 30 Tagen Gefängnis bestraft; ferner soll er nach Sorben strafversetzt werden.

Verhärzte Bedrohung der deutschen Mehrheiten in Ostoberschlesien.
Das Gesetz über Auflösung von Gemeindevertretungen angenommen.

Ratowik, 11. Mai. In der heutigen Plenarsitzung des schlesischen Sejm wurde das Gesetz betr. die Auflösung der Gemeindevertretungen in dritter Lesung angenommen. Durch dieses Gesetz wird der Wojewode ermächtigt, ohne Angabe von Gründen die Stadtparlamente bzw. Gemeindevertretungen aufzulösen und kommissarische Verwaltungen einzusetzen. In deutschen Kreisen werden angeht dieser Entscheidung Befürchtungen für das Schicksal derjenigen Stadtparlamente und Gemeindevertretungen in Ostoberschlesien geäußert, in denen eine deutsche Majorität vorhanden ist. (Z.B.)

Spaltenklaffung deutscher Wahlkandidaten.
(Durch Funktour.)
Ratowik, 11. Mai. Die in Radzionkau vor den Gemeinderatswahlen verhaltenen beiden Eigenkandidaten Janoschka und Jaskulle, die der deutsch-katholischen Volkspartei angehören, sind wieder aus der Haft entlassen worden. Wie von polnischer Seite verlautet, soll die Verhaftung angeblich wegen Spionage erfolgt sein. Die Nachwahlen haben inzwischen stattgefunden.

Strejemanns Osloer Nobelpreis-Vortrag.
Berlin, 11. Mai. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird sich Ende Juni nach Oslo begeben, um in der dortigen Nobel-Stiftung seinen Pflichtvortrag zu halten. Die Tagung des Völkerbundrats in Genf beginnt am 18. Juni. Sofern die Erledigung der vorliegenden Tagesordnung sich ohne Schwierigkeiten und Zwischenfälle vollzieht, ist an einen Abschluß der Tagung vor dem 18. Juni nicht zu denken. Stresemann könnte also frühestens Sonntag, den 19. Juni, nachmittags oder abends hier eintreffen. Angeht die Wichtigkeit der Fragen, die aber in Genf zur Erörterung stehen, ist eine längere Ausdehnung der Tagung nicht ausgeschlossen. Eine feste Abmachung mit der norwegischen Nobel-Stiftung über den Tag des Vortrages ist noch nicht getroffen. Dem Testament Alfred Nobels und den Bestimmungen der Stiftung gemäß, müßte der Vortrag innerhalb sechs Monaten nach Verleihung des Nobel-Preises gehalten werden. Diese Frist würde am 10. Juli abgelaufen sein, aber die Nobel-Stiftung wird angeht der dringenden Verpflichtungen dem Minister von dieser Bestimmung Dispens gewähren, zumal auch Briand und Chamberlain noch keine Zeit zur Reise nach Oslo gefunden haben und vielleicht gemeinsam mit Stresemann fahren werden.

Deutsch-belgisches Luftfahrtabkommen.
Brüssel, 11. Mai. Die Kammer hat das deutsch-belgische Luftfahrtabkommen angenommen. (Z. T. B.)

Die Atlantik-Flieger aufgefunden?
New York, 11. Mai. Nach in New York und Washington eingelaufenen Funkprüfungen soll der Ennord-Dampfer „Cameronia“ die französischen Atlantikflieger auf dem Ozean aufgefunden haben. Die Leitung der Ennord-Linie hat jedoch von ihrem Dampfer noch keine Mitteilung erhalten, so daß man vorläufig die Meldungen mit größter Vorsicht aufnehmen muß.

780 Tote bei dem Missil'ippi-Hochwasser.
(Durch Funktour.)
New York, 11. Mai. Nach einer nichtamtlichen Zusammenfassung sind infolge der Ueberschwemmung im Mississippital und der Stürme im mittleren Westen im ganzen 780 Personen getötet und 8500 verwundet worden. Die Zahl der Obdachlosen beträgt 885 000. 14 000 Quadratkilometer Land sind überschwemmt. In 87 Städten sind durch die Stürme Verwüstungen angerichtet worden. (Z. T. B.)

Entscheidungsschlacht zwischen Nord- und Südgruppen.
London, 11. Mai. Nach den neuesten Berichten aus Schanghai ist in der Provinz Honan zwischen den Nord- und Südgruppen eine Entscheidungsschlacht im Gange. Der holländische Kreuzer „Sumatra“, mit den für den Schutz der holländischen Interessen in Schanghai gelandeten Truppen an Bord, hat Schanghai heute wieder verlassen, um seine Reise um die Welt fortzusetzen. Nur die Truppen an Bord gingen, wurden sie von englischen Oberbefehlshaber befehligt.

Indiskretionen am Quai d'Orsay.

Die Vertraulichkeit der Verhandlungen Riehl-Briand durchbrochen.

Paris, 11. Mai. Die Mitteilungen, die die Pariser Presse über die seitigen Verhandlungen zwischen dem deutschen Vorkämpfer Riehl und dem französischen Außenminister Briand, veröffentlichte, haben in den deutschen Kreisen einigermassen Überraschung, da vereinbart worden war, daß die Verhandlungen über die Form der Kontrolle der Zerstörungsbauarbeiten an den deutschen Ostseebahnen vertraulich geführt werden sollten. Sowohl die deutsche Presse als auch Herr Briand persönlich hatten sich in ihren Mitteilungen an die Presse durchs als diese Vereinbarung gehalten. Trotzdem ist das, was die Pariser Blätter heute zu berichten wußten, ohne Zweifel auf Informationen von französischen amtlichen Stellen zurückzuführen. Ansetzend hat man nun das Bedenkliche dieser Methode erkannt, denn am Quai d'Orsay wird erklärt, daß die Nachrichten der Morgenzeitungen „übertrieben“ seien. Der Standpunkt der französischen Regierung sei noch nicht festgelegt, da diese Frage auch in London und Brüssel verhandelt werden müsse, und man hoffe mit der deutschen Regierung zu einer Verständigung zu kommen.

Frankreichs Streben nach neuer Kontrolle Deutschlands.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 11. Mai. Die Verhandlungen, die in der letzten Zeit in Paris zwischen dem Vertreter des erkrankten Vorkämpfers Riehl, Vorkämpfer Riehl, und dem französischen Außenminister Briand, abgehandelt worden sind, haben ergeben, daß Frankreich gewillt ist, die Zerstörung seiner Belagungsgruppen vorzunehmen. In einer Verhandlung so weit, daß die Besetzung nur noch in Stärke der deutschen Belagungsgruppen im Rheinlande verbleibt, ist Frankreich nun schon seit 1 1/2 Jahren verpflichtet. Es hat bisher diese Verpflichtung nicht anerkannt und will sie auch jetzt nicht anerkennen. Es will im Gegenteil die Verabreichung zu einem politischen Geschäft machen, was von deutscher Seite aus mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden muß. Frankreich hat nämlich nichts anderes vor, als die Wiedereinführung der verfallenen Militärkontrollkommission in einer verschleierte Form.

Es verlangt zunächst, daß die den allierten Vorkämpfern beigegebenen Militärkontrollkommission, denen nach den neueren Vereinbarungen nicht das mindeste Kontrollrecht zusteht, die sich vielmehr darauf zu beschränken haben, Sachbearbeiter und Ratgeber des ihnen übergeordneten Vorkämpfers in militärischen Dingen zu sein, die Zerstörung der deutschen Belagungsgruppen beschleunigen sollen, um dann nach und nach alle die Funktionen wieder anzuschließen, die die Militärkontrollkommission ausübte hat. Einer der Hauptgründe, aus denen heraus Frankreich ein Wiederaufleben der Militärkontrollkommission wünscht, ist der, daß es weiß, daß nach den Schwierigkeiten der Abrüstungsbestrebungen man nicht wird umhin können, Deutschland eine Aufsicht wenigstens so weit zu gestatten, daß es erfolgreich sich gegen eine militärische Invasion sichern kann. Durch die Kontrolle wäre dann Frankreich in der Lage, alle Bestrebungen, die Deutschland zum Schutz seiner Grenzen unternimmt, durch entsprechende Gegenmaßnahmen illusorisch zu machen, da schließlich die kontrollberechtigten Militärkontrollkommission die besten Spionagedienste leisten würden.

Man muß dem Quai d'Orsay das Zeugnis ausstellen, daß er hier eine weit voranschreitende Politik treiben will. Ist nämlich Deutschland durch den Genfer Vertrag ein Kontrollrecht erst in einem Falle zu geben, dann wird schon dafür gesorgt werden, daß sie das Kontrollrecht nicht nur behalten, sondern auch ausdehnen können. Mit einer Annahme einiger tausend Mann seiner Truppen als Gegenleistung hätte dann Frankreich wieder einmal ein sehr gutes Geschäft gemacht. Auf die Gefahren, die hier bestehen, ist daher mit dem größten Nachdruck hingewiesen worden, um so mehr, als sich ja klar und deutlich gezeigt hat, daß Frankreich das Räumungsproblem erst im Jahre 1935 behandelt zu sehen wünscht.

zu dem Zeitpunkt, den der Friedensvertrag vorgesehen hat für den Fall, daß Deutschland nicht schon vorher die ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllt hat. Deutschland kann aber schon jetzt die völlige Räumung der Rheinlande fordern. Deutschland hat sich gegenwärtig begnügt mit der Forderung, endlich die Verabreichung der gesamten Belagungsstärke auf die Höhe der Stärke der deutschen Belagungsgruppen vorzunehmen. Dies ist seitens der Vertragspartner von Vercano in einer Note Deutschland zugesichert worden und war eine Bedingung, unter der Deutschland sich zum Abschluß von Vercano bereit erklärt hat. Die Verabreichung der Belagungsstärke ist also eine Verpflichtung der früheren Entente und zugleich eine Forderung Deutschlands aus Vercano.

Die Bemerkung des englischen Kriegsministers, daß keine Wahrscheinlichkeit für eine beträchtliche Verminderung der 700 000 Mann starken englischen Besetzung bestehe, ändert an dieser Sachlage nichts. Ob und inwieweit an der in Vercano versprochenen Besatzungsverminderung die englischen Truppen beteiligt sind, ist Sache der Abmachungen zwischen den beteiligten Mächten der Gegenseite. Im übrigen steht das Verlangen des französischen Außenministers, die Zerstörungen an der Ostsee zu kontrollieren zu dürfen, ja auch in direktem Widerspruch zu den Vereinbarungen, die im Dezember zwischen Deutschland und den in der Vorkämpferkonferenz vertretenen Mächten getroffen sind. Nach Pariser Verträgen, die, wie gemeldet, auf Indiskretionen zurückzuführen sind und vom Quai d'Orsay selber als „übertrieben“ abgelehnt wurden, soll der französische Außenminister trotzdem die gemeinsame Kontrolle der Zerstörungen durch den französischen, englischen und italienischen Sachverständigen gefordert, das Auswärtige Amt diese Forderungen aber abgelehnt haben. Weiter behauptet die Pariser Presse, daß die Kontrolle durch einen Sachverständigen oder in irgendeiner anderen Form von Deutschland angeboten worden sei. Diese Mitteilungen werden von deutscher ausländischer Stelle demutiert. Auf keinen Fall wird der französischen oder auch der englischen Regierung das Recht einer Kontrolle der Zerstörungen an den deutschen Ostseebahnen zugesprochen werden können.

Polnische Minierarbeit in Paris.
Der polnische Vorkämpfer bei Briand.
Paris, 11. Mai. Briand empfing heute den polnischen Vorkämpfer Glopowski. Der Besuch wird in Zusammenhang gebracht mit den Verhandlungen über die Schließung der ostdeutschen Festungen. Bekanntlich wird von polnischer Seite in letzter Zeit eine lebhaft propaganda in Paris entfaltet mit dem Zweck, Mißtrauen gegen die Erfüllung der letzten deutschen Abrüstungsverpflichtungen wachzurufen.

Die Unterstände von Glogau und Küstrin zerstört.

Berlin, 11. Mai. Wie die Z.N. erfährt, ist die Zerstörung der beanstandeten Unterstände in den Festungen Glogau und Küstrin beendet. Die Zerstörung der von der Internationalen Militärkontrollkommission bezeichneten Unterstände in der Festungstellung der Festung Königshertzberg (Preußen) ist im Gange und wird noch im Laufe dieses Monats beendet werden. Damit ist dieser „Reizpunkt“ erledigt. In Berliner diplomatischen Kreisen weist man darauf hin, daß die in den letzten Tagen von französischer Seite mehrfach angeführte Frage, in welcher Form an Ort und Stelle die Nachprüfung der von Deutschland durchzuführenden Zerstörung der Unterstände durch alliierte Militärsachverständige möglich sei, letztlich den französischen Standpunkt in dieser Angelegenheit wiedergebe. Für Deutschland liege keine Veranlassung vor, eine erneute Kontrolle in der von der französischen Presse vorgeschlagenen Form zu dulden, da in Paris Ende Januar keine Vereinbarung hierüber getroffen worden sei. (Z.N.)

Rheinlandsbeschwerden im Rhein-Ausfluß.

Berlin, 11. Mai. Im Reichstagsausfluß für die belagerten Gebiete gab heute Staatssekretär Schmidt vom Rheinministerium eine Darstellung der langwierigen Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Rheinlandskommission